

Marokkanische Träume vom mündigen Bürger

Die Bewegung des 20. Februar hat – noch – nicht wirklich Fuss gefasst

Die Trägerin des arabischen Frühlings in Marokko, die Bewegung des 20. Februar, erfasst vor allem Angehörige städtischer Mittelschichten. Eine Mobilisierung, die auch die Armen in den Vorstädten erreichen würde, ist bis heute ausgeblieben.

Beat Stauffer, Rabat

Auch in Marokko ist, inspiriert von den Ereignissen in Tunis und Kairo, eine Protestbewegung entstanden, die sich regelmässig mit Demonstrationen und Sit-ins bemerkbar macht und das politische Geschehen im Land beeinflusst. Sie nennt sich Bewegung des 20. Februar, weil an diesem Tag die ersten landesweiten Demonstrationen stattgefunden hatten.

Bescheidene Forderungen

Über Facebook und Twitter sei wenige Tage vor dem 20. Februar der Aufruf zirkuliert, den virtuellen Raum zu verlassen und die Forderung nach mehr Bürgerrechten auf die Strasse zu tragen, erklärt Farah, eine junge Aktivistin der ersten Stunde. Sie und ihre Gesinnungsgenossinnen, die zuvor kaum politisch engagiert gewesen seien, hätten plötzlich gemerkt, dass Tausende von jungen Leuten Veränderungen in Marokko

anstrebten. Nach dem Anfangserfolg entschlossen sich die jungen Aktivisten, einmal pro Monat landesweite Demonstrationen durchzuführen. Am 20. März, am 23. April und am 22. Mai fanden weitere Demonstrationen statt, an denen sich jeweils einige zehntausend Personen, die meisten von ihnen unter 25 Jahre alt, beteiligten. Ihre Forderungen entsprechen denjenigen der Aktivisten in anderen arabischen Ländern. Es geht um eine stärkere Beachtung der Bürgerrechte, um soziale Gerechtigkeit, bessere berufliche Perspektiven und ein Ende von Korruption und Machtmissbrauch.

Anders als in vielen arabischen Ländern richtet sich der Zorn der marokkanischen Demonstranten allerdings nicht gegen das Staatsoberhaupt; die Person des Königs und die Staatsform der Monarchie stehen in Marokko kaum zur Debatte. Gefordert werden jedoch eine konstitutionelle Monarchie, in welcher der König nur noch eine repräsentative Rolle spielt, und eine echte Gewaltenteilung. Die Bewegung des 20. Februar kritisiert unmissverständlich den Makhzen, den traditionellen Machtapparat des Palastes, der jenseits aller Gewaltenteilung enormen Einfluss auf das politische und wirtschaftliche Geschehen im Land ausübt. Dessen Exponenten sind unter anderen Fouad Ali al-Himma, der ehemalige Staatssekretär im Innenministerium, sowie der königliche Privatsekretär Mounir Ma-

jidi. Die Bewegung des 20. Februar ist nach Aussagen von Aktivisten nur locker organisiert und setzt zudem auf grosse Transparenz. Die Komitees in Städten und Gemeinden handeln unabhängig und fassen auch ihre Parolen selbständig. Die Koordination unter den regionalen Komitees findet weitgehend über soziale Netzwerke (Facebook, Twitter) statt.

Schmale soziale Basis

Schon bald nach der ersten landesweiten Demonstration solidarisierten sich Bürgerrechtsorganisationen mit der Bewegung des 20. Februar. Unterstützung finden die Aktivisten auch bei einer kleinen linken Partei, bei der einflussreichsten islamistischen Organisation Gerechtigkeit und Wohlfahrt sowie bei einer Reihe von bekannten Persönlichkeiten. Die Jugendlichen entscheiden aber weiterhin selbständig über Ziele und Strategien, erklärt die Frauenrechtlerin Mina Tafnout, eine Sympathisantin der Bewegung. Dies bestätigt auch ein Mittvierziger, der sich während Jahren in einer Bürgerrechtsgruppe engagiert und sich vor kurzem enttäuscht zurückgezogen hatte; weil er, wie er erklärt, erkennen musste, dass echten Veränderungen im Königreich sehr enge Grenzen gesetzt sind. Er empfindet grosse Sympathien für die jungen «Bewegten»; sie verwirklichten jetzt, was seiner Generation nicht gelungen

sei. Laut dem Politikwissenschaftler Mohammed Darif von der Universität Mohammedia bei Casablanca ist es der Bewegung des 20. Februar bis jetzt nicht gelungen, ihre soziale Basis zu verbreitern und etwa auch in den Vorstädten der Armen Fuss zu fassen.

Repräsentanten der Bewegung widersprechen dem nicht grundsätzlich, weisen aber darauf hin, dass in den letzten Wochen eine Öffnung stattgefunden habe. Man habe in Rabat die Demonstration bewusst in einem ärmlichen Stadtteil, dem Quartier Yacoub al-Mansour, durchgeführt und sei dabei auf viel Verständnis gestossen. Kamelia und Youssra, zwei junge Aktivistinnen aus Rabat, sind denn auch überzeugt davon, dass es ihnen in den kommenden Wochen gelingen werde, weit mehr Menschen als bisher auf die Strasse zu bringen.

Nüchterne Beobachter sehen dies weniger optimistisch. Sie sind überzeugt davon, dass der Makhzen alles unternehmen wird, um die Bewegung zu spalten und zu zerschlagen. Sie weisen darauf hin, dass der Machtapparat des Königs auch die sozialen Netzwerke des Internets zu bedienen weiss und überdies Zivilpolizisten einsetzt, welche sich unter die Demonstranten mischen.

Über das Ausmass der im Land vorhandenen Unzufriedenheit gehen die Ansichten in Marokko auseinander. Während in Gruppen, die von einer Bürgergesellschaft träumen, die vorhandene soziale Unrast als ernste Krise bezeichnet wird, verweisen Behördenvertreter gerne auf die sozialen und politischen Fortschritte, die unter der Herrschaft von Mohammed VI. erzielt worden seien. Neu ist jedenfalls, dass nun auch Unternehmer den Makhzen und seine Rolle als wirtschaftlicher Akteur kritisieren. In Casablanca, dem industriellen Zentrum des Landes, sind viele Unternehmer verärgert über den unlauteren Wettbewerb, dem sie durch Firmen im Besitz des Palastes ausgesetzt sind. «Der ökonomische Arm des Palastes ist eine Krake, der Unternehmer

hilflos ausgeliefert sind», sagt ein Gesprächspartner, der als Kleinunternehmer entsprechende Erfahrungen gemacht hat.

Die meisten Beobachter schätzen die politische Kraft der Bewegung zurzeit als nicht allzu gross ein. Immerhin gehen sie davon aus, dass die vom König angekündigte Verfassungsreform ohne Druck von der Strasse nicht zustande gekommen wäre. Das Regime sei sich aber durchaus bewusst, dass es von der Demokratiebewegung bedroht werden könnte, sagt der als Gewährsmann zitierte Kleinunternehmer. Als Beleg für diese These führt er Khouribga an, das Zentrum des Phosphatabbaus. Dort hätten aufgebrachte Jugendliche Anfang April das Verwaltungszentrum des Office Chérifien des Phosphates in Brand gesetzt. Dies sei für die Behörden ein Warnzeichen gewesen. Wenn sie die Demonstrationen weiterhin zulassen und auf gewisse Forderungen eingehen, werde es in Marokko wohl weiterhin ruhig bleiben. Sollten solche Demonstrationen aber niedergeknüppelt werden, könne die Lage rasch ausser Kontrolle geraten.

«Wir wollen Arbeit»

Bei vielen Demonstrationen der vergangenen Wochen haben sich die Behörden tatsächlich zurückgehalten. Bei einem Sit-in vor der Zentrale des Inlandsgeheimdienstes in der Nähe von Rabat kam es am 15. Mai allerdings zu Zusammenstössen, bei denen mehrere Personen verletzt wurden. Am 20. Mai demonstrierten vor der Assouna-Moschee in Rabat nach dem Freitagsgebet, an dem Mohammed VI. teilgenommen hatte, arbeitslose Universitätsabgänger. «Wir wollen Arbeit», skandierten sie, als der Monarch im Begriff war, die Moschee zu verlassen. Die Fernsehübertragung wurde daraufhin abgebrochen, der öffentliche Auftritt des Königs abgesagt. Den König direkt mit sozialen Protesten konfrontieren – das hat es bisher in Marokko kaum je gegeben.

ANZEIGE

“Showing clients in a private bank ad isn't very private.”

HYPOSWISS
PRIVATE BANK

Expect the expected

Stämme mobilisieren gegen Saleh

Der jemenitische Präsident wieder zu einem Deal bereit

Der jemenitische Präsident Saleh hat sich wieder einmal zu einer Macht ablösung bereit erklärt. Die mächtigste Stammesföderation mobilisiert ihre Kämpfer gegen Saleh.

Jürg Bischoff, Beirut

Während in einem zentralen Viertel der Hauptstadt Sanaa die bewaffneten Zusammenstösse zwischen Anhängern und Gegnern des jemenitischen Präsidenten Ali Abdallah Saleh weitergehen, hat dieser gegenüber Journalisten erneut seine Bereitschaft bekräftigt, den von den Golfstaaten vorgeschlagenen Plan zu einem Machtwechsel zu unterschreiben. Allerdings will er dies nur unter «gewissen, spezifischen Bedingungen» tun, was nicht viel Hoffnung auf eine baldige Lösung der Krise zulässt. Wenn er sein Amt niederlege, sagte der Präsident, werde er in Jemen bleiben und als Chef seiner Partei in die Opposition gehen.

Gekränkte Ehre

Im Interview schienen auch die Gründe für Präsident Salehs erratic behavior der letzten Woche auf. Der Generalsekretär des Golfkooperationsrats habe ihn auf eine Art zur Unterzeichnung des Dokuments gedrängt, klagte Saleh, die sich im Umgang mit einem Staatsoberhaupt nicht gehöre. Gekränkte Ehre, nicht nur auf persönlicher, sondern auch auf nationaler Ebene, sprach auch aus Salehs Warnung, das Ausland dürfe Jemen nicht seine Lösung der innenpolitischen Krise aufzwingen.

Die Schuld an den Kämpfen der letzten drei Tage in Sanaa wies Saleh, wie zu erwarten war, den Gebrüdern al-Ahmar zu, den neun Söhnen des 2007 verstorbenen Führers der mächtigsten Stammesföderation Jemens, Abdullah al-Ahmar. Deren Palast im zentralen Hasara-Viertel der Hauptstadt war im Brennpunkt der Zusammenstösse, während deren die Milizionäre des Klans mehrere Ministerien und den Sitz der staatlichen Nachrichtenagentur stürmten.

Angriff auf Vermittler

Am Dienstagmorgen schlug eine Granate in der Ahmar-Residenz ein, als dort Vermittler unter dem Schutz des traditionellen Stammesrechts die Umsetzung einer am Vorabend beschlossenen Waffenruhe aushandelten. Zwei Mitglieder der Delegation aus Stammeskreisen und dem Kommandanten der politischen Polizei wurden schwer verletzt, einer von ihnen starb kurz darauf. Die Abordnung veröffentlichte am Abend eine Erklärung, in der sie Saleh für den Angriff verantwortlich erklärte, seine Bemühungen um einen Waffenstillstand als nicht ernsthaft bezeichnete und sich mit Scheich Sadik al-Ahmar solidarisch erklärte.

Stammeskodex verletzt

Der Angriff während einer Schlichtungsmission gilt als schwerer Verstoß gegen den Stammeskodex und dürfte zur schnellen Eskalation der Kämpfe beigetragen haben. Der Ahmar-Klan mobilisierte seine Kämpfer, die seither in die Hauptstadt strömen. Die Armee hat sämtliche Einfallstrassen nach Sanaa gesperrt, um dies zu verhindern.